

Der Nahostfriedensprozess: Neue Bedrohungen schüren alte Konflikte

ENTWICKLUNG DES MEINUNGSBILDES INNERHALB DER ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN BEVÖLKERUNG

Laut der jüngsten Umfrage des Harry S. Truman Research Institute for the Advancement of Peace und des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) vom September 2012 befürchtet eine Mehrheit der israelischen und palästinensischen Bevölkerung im Falle einer militärischen Intervention Israels in Iran eine Eskalation hin zu einem regionalen Konflikt.

NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER NAHOSTDEBATTE

Die Unzufriedenheit der palästinensischen Bevölkerung insbesondere im Westjordanland mit der Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) nimmt zu. Sowohl die Erosion demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen¹ als auch das Ausbleiben eines Lösungskonzepts für die ökonomische Krise der PA lösten jüngst eine massive Protestwelle aus. Daneben behindert der Machtkampf zwischen Hamas und Fatah die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen am 20. Oktober, so dass Ministerpräsident Salam Fayyad das Abhalten neuer Parlamentswahlen lediglich im Westjordanland in Aussicht stellte. Während die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) nun ankündigte, sich gezielt für die Anerkennung Palästinas als *staatliches Nichtmitglied* durch die Vereinten Nationen (VN) einzusetzen, nehmen Gewaltakte radikaler israelischer Siedler gegen die palästinensische Bevölkerung zu.

Im Rahmen der Debatte um Irans Atomwaffenprogramm hält Ministerpräsident Netanjahu weiterhin die Option eines israelischen Präventivschlags offen.² Daran hat auch der Beschluss, die Wahl der nächsten Knesset auf den 22. Januar 2013 vorzuziehen, im Prinzip nichts geändert – nur der Zeitpunkt der Entscheidung über weitere Vorgehen gegen den Iran ist dadurch auf das Frühjahr 2013 verschoben. Die Pläne des Iran erfüllen nicht nur Israel, sondern auch andere Staaten in der Region – wie Saudi-Arabien oder die Türkei – mit Sorge. Gleichzeitig sind sich alle politischen Akteure bewusst, dass ein Präventivschlag wahrscheinlich einen bewaffneten regionalen Konflikt zur Folge hätte.

ISRAELIS BEVORZUGEN KOOPERATIVE IRAN-INTERVENTION MIT DEN VEREINIGTEN STAATEN

Die jüngste Umfrage liefert hinsichtlich der Diskussion um ein mögliches militärisches Vorgehen Israels eindeutige demoskopische Befunde. Demnach teilt eine überwältigende Mehrheit von Palästinensern (82%) und Israelis (77%) die Meinung, dass ein israelischer Militärschlag gegen die iranischen Nukleareinrichtungen zu einem regionalen Krieg mit dem Iran, der Hamas und der Hisbollah führen würde. Zugleich bezweifelt die Mehrheit der israelischen Bevölkerung (70%), dass ihre Regierung sich dazu entschließen könnte, einen Präventivschlag auch ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten zu führen. Das

¹ Vgl. Michael Mertes und Jörg Knocha, „Schleichende Erosion demokratischer Strukturen im Westjordanland“, *KAS-Länderbericht*, 09.09.2012, <http://www.kas.de/palaestinensische-gebiete/de/publications/32046/> [26.09.2012].

² Vgl. Nadine Mensel, „Sicherheit bleibt bestimmendes Thema“, Newsletter der KAS Israel, 28.09.2012 (<http://www.kas.de/israel/de/publications/32241/>) [05.10.2012].



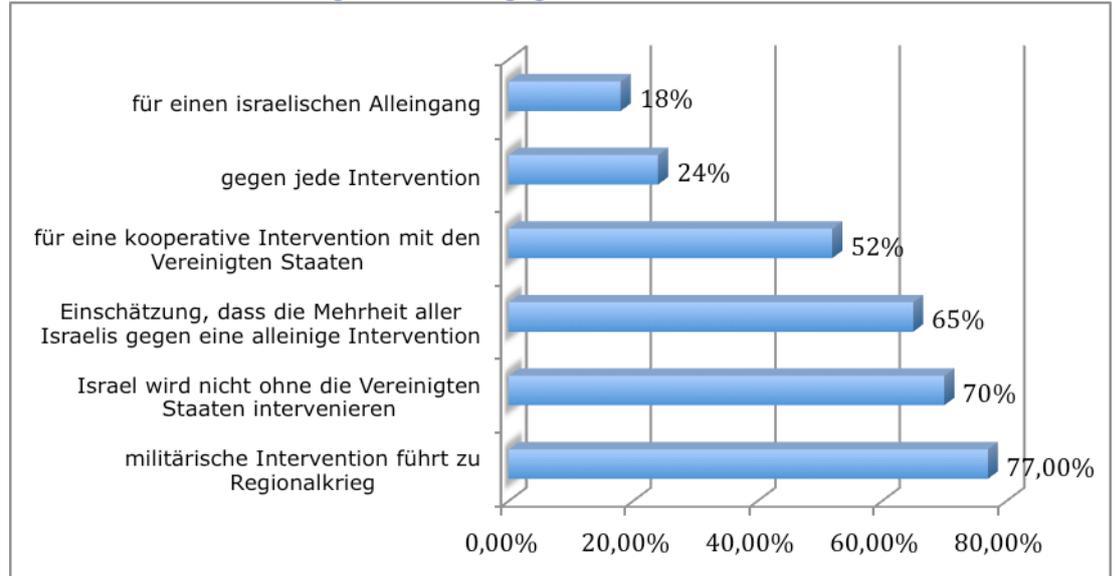
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Meinungsklima im Blick auf einen israelischen Alleingang wird immer kritischer. Das spiegelt sich nicht zuletzt in dem Bild, das sich die Israelis von den Ansichten ihrer Landsleute machen: Während im Juni 2012 noch 52% davon ausgingen, dass die Mehrheit in Israel gegen eine solche Intervention sei, waren es im September bereits 65%. Die Anzahl der Befürworter einer kooperativen Intervention Israels und der Vereinigten Staaten blieb gleich (52%), während nur 18% sich für einen israelischen Alleingang aussprachen. Rund ein Viertel der israelischen Befragten (24%) lehnt jegliche Intervention – ob kooperativ oder im Alleingang – ab.

**ISRAEL
PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

MICHAEL MERTES
ANGÉLIQUE KLEINER

Oktober 2012

Einschätzungen der israelischen Bevölkerung zu einem militärischen Vorgehen Israels gegen den Iran



www.kas.de/israel
www.kas.de/ramallah

ZWEI-STAATEN-LÖSUNG

Unverändert pessimistisch zeigen sich die Befragten beider Seiten im Blick auf die Entwicklung des Nahost-Friedensprozesses und die Aussichten einer Zwei-Staaten-Lösung. Eine überwältigende israelische (73%) und palästinensische (71%) Mehrheit schätzt die Chancen für die Etablierung eines unabhängigen palästinensischen Staates innerhalb der nächsten fünf Jahre als gering oder nicht existent ein. Verglichen mit den Ergebnissen der Umfragen im Juni diesen und letzten Jahres, wonach 71% (2012) bzw. 53% (2011) der Israelis und 68% (2012) bzw. 62% (2011) der Palästinenser die zeitnahe Gründung eines palästinensischen Staates als unrealistisch einstufen, zeichnet sich ab, dass der Glaube an eine Zwei-Staaten-Lösung und damit auch an den Friedensprozess kontinuierlich abnimmt.³

Im Allgemeinen befürwortet jedoch sowohl eine israelische (61%) als auch eine palästinensische (52%) Mehrheit die Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Lösung, während 36% aller Israelis und 46% aller Palästinenser diesem Lösungsansatz ablehnend gegenüberstehen. Trotz mehrheitlicher Befürwortung ziehen 49% der israelischen und 57% der palästinensischen Bevölkerung die Umsetzbarkeit einer solchen Lösung aufgrund des Siedlungsbaus in Zweifel. Dagegen erachten 47% der Israelis und 37% der Palästinenser die Zwei-Staaten-Lösung nach wie vor als relevant und umsetzbar. Hinsichtlich einer binationalen Lösung („Ein-Staat-Lösung“) zeigt sich sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite (65% bzw. 68%) eine mehrheitlich ablehnende Haltung, während

³ Vgl. Michael Mertes und Leonie Grünhage, „Die Skepsis auf beiden Seiten bleibt groß“, *KAS-Länderbericht*, 19.07.2012, <http://www.kas.de/palaestinensische-gebiete/de/publications/31679/> [05.10.2012].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. sich 31% aller Israelis bzw. 30% aller Palästinenser mit diesem Lösungskonzept

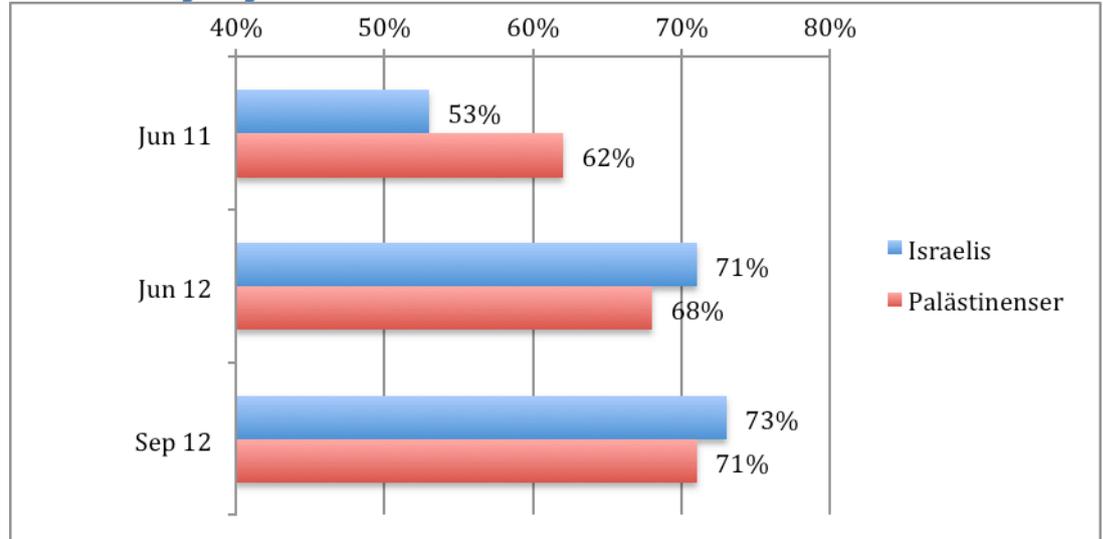
identifizieren können. Was die Fortsetzung des israelischen Siedlungsbaus im Westjordanland anbetrifft, so halten sich derzeit Befürwortung und Ablehnung auf israelischer Seite nahezu die Waage. So befürworten 48% aller Israelis den Abbau eines Großteils der Siedlungen zugunsten eines Friedensabkommens mit der palästinensischen Bevölkerung, während 47% dieses Lösungskonzept ablehnen.

ISRAEL
PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE
 MICHAEL MERTES
 ANGÉLIQUE KLEINER

Zunehmende Skepsis gegenüber Zwei-Staaten-Lösung: Mehrheit schätzt die Chancen für die Etablierung eines unabhängigen palästinensischen Staates innerhalb der nächsten fünf Jahre als gering bzw. nicht existent ein

Oktober 2012

www.kas.de/israel
www.kas.de/ramallah



KONFLIKT-MANAGEMENT UND GEFAHREINSCHÄTZUNG

In Anbetracht der Stagnation in den Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern sprechen sich die meisten Palästinenser (73%) dafür aus, durch den Gang vor den Weltsicherheitsrat die Anerkennung eines palästinensischen Staates zu erreichen. Zugleich bejahen 61% das Konzept eines friedlichen Widerstands gegen die israelische Besatzung. 56% befürworten die unilaterale Ausrufung eines unabhängigen palästinensischen Staates. 44% befürworten die Auflösung der PA und 39% die Rückkehr zur bewaffneten Intifada. Die Israelis vermuten als wahrscheinlichste Handlungsstrategien der Palästinenser neben dem Gang vor den Weltsicherheitsrat (27%) die Rückkehr zu einer bewaffneten Intifada (23%).

Was die Stagnation der Verhandlungen anbetrifft, so zeigen die demoskopischen Befunde, dass die palästinensische Bevölkerung (31%) stärker an eine Weiterführung der Verhandlungen und ein Ende der Gewalt glaubt als die israelische (7%). Die israelischen Juden erwarten zu 46% (Israelis insgesamt: 45,5%), dass es zwar zur Fortsetzung der Verhandlungen kommen werde, aber ein gewisses Maß an Gewalt – zu denken ist hier etwa an den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen – nicht aufhören werde. Rund 47% (Israelis insgesamt: rd. 42%) sind noch skeptischer: Sie glauben weder an ein Ende der Gewalt noch an die Wiederaufnahme der Verhandlungen.

ÄGYPTEN: HÄLT DER FRIEDEN VON 1979?

Vor dem Hintergrund neuer, durch den Arabischen Frühling ausgelöster regionaler Entwicklungen im Nahen Osten – namentlich der Wahl des Kandidaten der Muslimbruderschaft Muhammad Mursi zum ägyptischen Staatspräsidenten – wurden sowohl die palästinensische als auch israelische Bevölkerung zu ihren Einschätzungen hinsichtlich des Fortbestandes des Friedensvertrages von 1979 und des Verhältnisses zwischen Israel

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und Ägypten befragt. Eine israelische (9%) und palästinensische Minderheit (12%) sieht den Vertrag als tatsächlich gefährdet an und befürchtet einen bewaffneten Konflikt zwischen beiden Ländern.

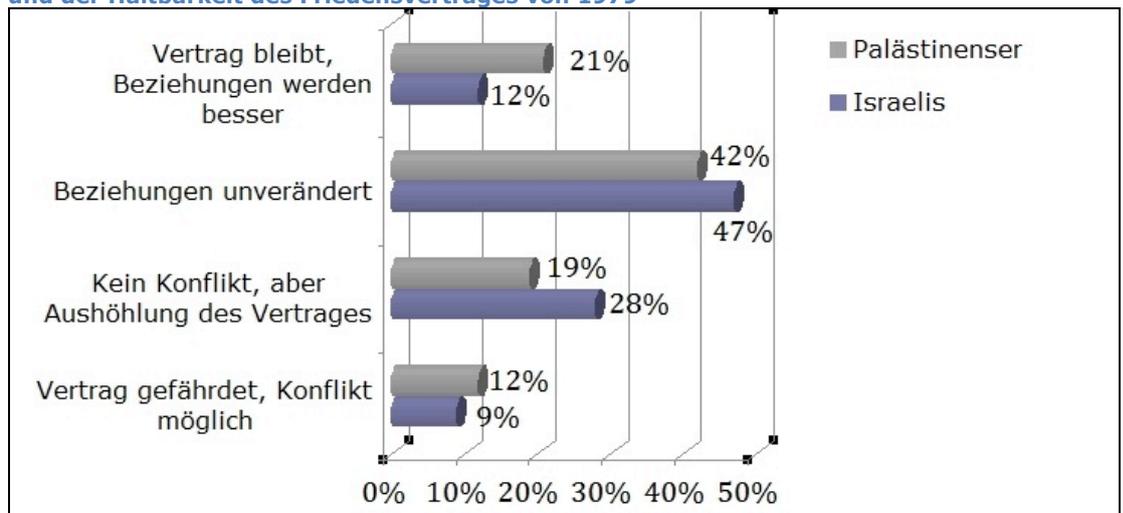
**ISRAEL
PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

MICHAEL MERTES
ANGÉLIQUE KLEINER

28% der israelischen und 19% der palästinensischen Bevölkerung gehen davon aus, dass Ägypten zwar darauf hinarbeiten werde, den Vertrag auszuhöhlen, dass jedoch ein Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts nicht zu erwarten sei. 47% der israelischen und 42% der palästinensischen Befragten erwarten keine Änderung in Bezug auf das Verhältnis zwischen Israel und Ägypten sowie den Friedensvertrag von 1979. Ein weitaus geringerer israelischer (12%) und palästinensischer Bevölkerungsanteil (21%) geht letztlich davon aus, dass die ägyptische Regierung sich nicht nur an den Vertrag halten, sondern sich das Verhältnis zwischen beiden Ländern sogar verbessern werde.

Oktober 2012

Einschätzungen des zukünftigen Verhältnisses zwischen Israel und Ägypten und der Haltbarkeit des Friedensvertrages von 1979



www.kas.de/israel
www.kas.de/ramallah

WAHLPROGNOSEN

Der Umfrage zufolge würde sich bei einer jetzigen Neuwahl der Knesset eine konservative Koalition unter Führung des Likuds mit 16%, gefolgt von der Arbeitspartei (Awoda) mit 12% Stimmenanteil durchsetzen. Auf palästinensischer Seite würde in Präsidentschaftswahlen Mahmoud Abbas (Fatah) mit 51% als Sieger hervorgehen. Für Ismail Haniyeh (Hamas) würden lediglich 40% stimmen. Die Fatah ginge mit 37% gegenüber der Hamas mit 28% als stärkste Partei aus Parlamentswahlen hervor.

DATENERHEBUNG

Bei der Umfrage handelt es sich um eine israelisch-palästinensische Kooperation zwischen dem Harry S. Truman Research Institute for the Advancement of Peace an der Hebräischen Universität Jerusalem und dem Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) in Ramallah. Die Stichprobengröße innerhalb der palästinensischen Bevölkerung umfasste 1270 Erwachsene. Die Daten wurden im Rahmen persönlicher Interviews im Westjordanland, Ost-Jerusalem und dem Gazastreifen an 127 zufällig gewählten Standorten im Zeitraum vom 13. bis 15. September 2012 erhoben. Die Fehlertoleranz liegt bei 3%.

Die Stichprobengröße innerhalb der israelischen Bevölkerung umfasste 600 Erwachsene. Die Daten wurden telefonisch auf Hebräisch, Arabisch oder Russisch im Zeitraum vom 9. bis 14. September 2012 erhoben. Die Fehlertoleranz liegt bei 4.5%.